

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

März 2009/1

„Wir sind das Volk“

Der Umbruch von 1989 – ein Sieg über die Unterdrückungsorgane der Diktatur

Von Peter Steinbach

Zwanzig Jahre sind vergangen. Das Jahr 1989 sollte zunächst ganz unter dem Eindruck der Erinnerung an die „Große Französische Revolution“ stehen, den Beginn der Moderne, unserer Welt. Rasch holte die Gegenwart diese Erinnerung ein. Ende Mai 1989 schien es, als erhoben sich in Peking vor allem Studenten gegen politische und polizeiliche Unterdrückung. Fast gleichzeitig nahm die Welt staunend wahr, dass sich in der DDR Protest gegen manipulierte Kommunalwahlen bemerkbar machte. Wenige Monate später überschlugen sich die Ereignisse, weil Bürger der DDR das Grundrecht auf Freizügigkeit lebten. Prag und das damals schon auf dem Weg zur westlichen Demokratie fortschreitende Ungarn wurden die wichtigsten Stationen eines Mauerdurchbruchs, der dann seit Oktober 1989 immer wahrscheinlicher wurde, sich von einer utopischen Vision in politische Wirklichkeit verwandelte. Im November stürzte dann der letzte Stein – buchstäblich: die Mauer fiel, die Grenzen waren offen. Auch in Prag ereignete sich das kaum Vorstellbare: Havel und Dubcek, die geschmähten Vertreter eines „Prager Frühlings“,



Der Autor

Peter Steinbach, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1948; 1982–1992 Prof. für hist. und theoret. Grundlagen der Politik an der Univ. Passau; 1992–2001 Prof. für Historische Grundlagen der Politik an der Freien Universität Berlin; 2001–2007 Prof. für Neuere und Neueste Geschichte an der TU Karlsruhe, seit 2007 an der Universität Mannheim; seit 1983 Wissenschaftl. Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

wurden zu Mitgestaltern des europäischen Umbruchs, der als eine zweite Revolution von europäischen und weltgeschichtlichen Ausmaßen in die Geschichtsbücher eingehen wird.

Die „Volksdemokratien“ hatten die diktatorischen Ketten gesprengt und sich von ihren Fußangeln befreit. Man sprach von einem Mitropa-Prozeß – Mitteleuropa wurde wieder zum Bestandteil Kerneuropas, lag nicht mehr im Ostblock. Die Begeisterung war groß und ließ zum Glück zunächst übersehen, was an Problemen des Übergangs und der Transformation zu bewältigen war. Sehr früh stellte sich die Frage, wie man mit den Vertretern des Machtapparats umgehen sollte, der sich als „Schild und Schwert der Partei“, als Garant der „Staatssicherheit“ be-

(Fortsetzung Seite 3)

Ernst Eichengrün

Der Hass und die Scham

Israel und die Deutschen

Seite 7

Gerald Wiemers

Erschossen in Moskau

Herbert Belter 1929 – 1951

Seite 14

Zeitzeugen gesucht

Schicksal der Häftlinge im NS-Lager Langenzenn

Seite 18

Inhaltsverzeichnis

Peter Steinbach „Wir sind das Volk“	Seite 1
1989 – 2009 Redaktionsmitteilung	Seite 2
Impressum	Seite 2
Ernst Eichengrün Der Hass und die Scham Die Deutschen und Israel	Seite 7
20 Jahre Freiheit (Anzeige der Aktion Gemeinsinn)	Seite 10
Volker Beck MdB Universalität und Unteilbarkeit sind das Fundament der Menschenrechte	Seite 12
Gerald Wiemers Erschossen in Moskau Herbert Belter 1929 – 1951	Seite 14
Annemarie Renger Dokumente aus dem Nachlass werden in der Friedrich-Ebert- Stiftung präsentiert	Seite 16
Zeitzeugen gesucht Thema: Schicksal der Häftlinge im NS-Lager Langenzenn	Seite 18
Neuerscheinungen	Seite 19

1989 – 2009

2009 wird als Jahreszahl in die Wirtschaftsgeschichte eingehen, doch unser demokratischer Verfassungsstaat ist stabil und funktionsfähig: Regierung und Parlament arbeiten im Ernstfall zügig; die demokratischen Parteien zeigen Verantwortungsbewusstsein; den „System“-Gegnern, konkret: NPD und „Die Linke“, bieten sich – anders als in der Spätphase der Weimarer Republik – mindestens auf Bundesebene keine wirkungsvollen Ansatzpunkte. Trotz schwerwiegender globaler Finanz- und Wirtschaftskrise stellt sich die Schicksalsfrage der Demokratie also nicht. Auf diesen Erfolg können alle Deutschen heute gemeinsam stolz sein. Richtig ist aber auch, dass der Erfolg der deutschen Demokratie aus mehreren Komponenten besteht. Eine davon ist die friedliche Revolution von 1989/90, in deren Verlauf die SED zu Gunsten einer parlamentarischen Demokratie entmachtete wurde, wodurch der Grund für eine Aufrechterhaltung der deutschen Teilung wegfiel.

Unsere Zeitschrift, deren zentrales Thema die Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Antidemokratie ist, nimmt das zwanzigste Jahr nach dem Fall der Mauer zum Anlass, den Ostdeutschen für diesen Akt der Selbstbefreiung zu danken. In der Distanz von 20 Jahren können wir die Qualität des Umbruchs von 1989 in Europa, der größten Revolution seit der französischen 200 Jahre davor, deutlicher erkennen. Das Thema wird in allen Ausgaben dieses Jahres eine Rolle spielen.

Am Anfang steht ein Grundsatzartikel des namhaften Politikwissenschaftlers und Zeithistorikers Peter Steinbach, der die historische Bedeutung des Umbruchs von 1989 aus der Sicht des Jahres 2009 hervorhebt. Dabei wird auch deutlich, dass die Demokraten einschließlich der Opfer der Diktatur sich auch heute in einer Konfrontation gegenüber der Denkweise der Ewiggestrigen und der SED-Schergen bewegen. Dem will die Redaktion gerade auch im Jahr 2009 Rechnung tragen und die Auseinandersetzung weiterhin so unterstützen, dass die bis heute an ihrer Verfolgung leidenden überlebenden Opfer der Diktatur unsere freiheitliche Demokratie mehr und mehr als ihre politische Heimat verstehen und sich darin zu Hause fühlen können. *Jürgen Maruhn*

FREIHEIT UND RECHT

**Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur**

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., Vorsitzender: Bertold Kamm,
Schlaunstraße 21, 90480 Nürnberg.

Redaktion: Jürgen Maruhn, Telefon: 089/1576813.

Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 25. 04. 2009

(Fortsetzung von Seite 1)

zeichnet hatte und dennoch nur eine Funktion hatte: an der inneren Front alles zu verfolgen und zu unterdrücken, was den weltanschaulichen und politischen Führungsanspruch der leninistisch-stalinistischen Monopartei in Frage stellte. Denn es handelte sich um diktatorische Staaten, die überwunden worden waren, um Polizei- und Unrechtsstaaten, die Andersdenkende geschmäht, verfolgt, unterdrückt hatten, die Post zensiert und vorbereitete Justizurteile vollstreckt hatten.

Was tun mit den Entmachteten?

„Stasi in die Produktion“ – so lautete in der Untergangsphase der DDR bald eine immer wieder skandierete Forderung der ostdeutschen Demonstranten, die den Rücktritt der SED-Führung verlangten. Auch während der berühmten Novemberdemonstration 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz bekamen diejenigen Protestredner den lebhaftesten Beifall, die sich von der „Stasi“ distanzieren. Im Westen Deutschlands erregten diese Aufrufe zur Abschaffung der „Staatssicherheit“ zunächst weitaus weniger Erstaunen als vor allem Befremden. Dort war man vor allem von den klaren Einheitsproklamationen der ostdeutschen Demonstranten beeindruckt. „Stasi?“ – es brauchte Zeit, bis auch im Westen erkannt wurde, dass es sich dabei um einen zwar allseits bekannten und dennoch außerordentlich schwer zu durchschauenden Komplex des SED-Herrschaftssystems handelte. Diese Undurchschaubarkeit war die beste Voraussetzung einer Perhorreszierung, die schließlich dahin führte, dass die Auseinandersetzung mit dem „Ministerium für Staatssicherheit“, dem „Imperium“ Mielkes („Ich liebe Euch doch alle!“) zum zentralen geschichtspolitischen Konfliktfeld der deutschen Vereinigungsgesellschaft wurde. Demgegenüber rückte bei vielen die „führende Rolle der Partei“ in den Schatten des öffentlichen Bewusstseins. Bisweilen wurde vergessen, dass die SED ihren Staatssicherheitsdienst ebenso wie den Staat „DDR“ im Ganzen geschaffen und

politisch befehligt und ihre Anhänger diesen Staat deshalb auch zu verantworten hatten. Diese Nachlässigkeit und Zurückhaltung im Umgang mit den Trägern des SED-Staates sollte sich spätestens dann rächen, als die Auseinandersetzung mit der Mystifizierung und Mythologisierung der repressiven und schwersten Verletzungen der Menschenrechte verantwortenden Staatssicherheit sich hinschleppte und sogar führende Politiker den Wunsch äußerten, die Hinterlassenschaft dieser Unterdrückungsbehörde zu zerstören, zu verschließen oder gar zu verbrennen.

Die Auseinandersetzungen betrafen die Deutschen auf vielfältige Weise: Gegensätze zwischen Ostdeutschen, die sich als Systemopfer empfanden, und jenen, die als Täter eingestuft wurden, wurden ebenso sichtbar wie jene zwischen Ostdeutschen, die Westdeutschen politische Blauäugigkeit gegenüber der DDR-Führung oder sogar Willfährigkeit anlasteten, oder Westdeutschen, die Ostdeutschen eine Sklavenmentalität wegen ihrer Furcht vor der Verfolgung durch Mitarbeiter der Staatssicherheit unterstellten. Schließlich kam es auch zu Kontroversen zwischen Westdeutschen, die als fremdgesteuert durch die SED hingestellt wurden, und Westdeutschen, die sich durch ihre ständige kritische Auseinandersetzung mit der DDR ausgezeichnet hatten. Angesichts dieser Möglichkeiten, sich nach 1990 auf eine der vielen politischen Seiten innerhalb der deutschen Vereinigungsgesellschaft zu schlagen, ist es nicht erstaunlich, dass die anfängliche Unwissenheit der meisten Deutschen angesichts der „Firma Horch und Guck“ souverän überspielt wurde.

Ohne Zweifel wussten die Ostdeutschen von Anfang an besser als die Westdeutschen, was „Stasi“ bedeutete. Deshalb richtete sich gegen Bürogebäude und Dienstsitze in allen Bezirken der DDR der Protest. Die „Stasi-Gebäude“ hatten in der Untergangsphase so fast die Funktion der Bastille beim Ausbruch der Französischen Revolution von 1789: Demonstrationen endeten vor den Dienstgebäuden der „Stasi“, in ihren Räumen verhandelten vielfach die „Runden Tische“ über

die Sicherung der „Stasi-Hinterlassenschaften“ und wurden später nicht selten auch die Mitarbeiter der neu geschaffenen Aufarbeitungsbehörden der Bundes- und Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen untergebracht. Aus Dienstsitzen und Gefängnissen der immer mehr verhassten „Unterdrücker“ wurden mit Hilfe von Ausstellungen oder wissenschaftlichen Tagungen Orte der Auseinandersetzung mit der Geschichte des SED-Staates, an denen zugleich über die Opfer der politischen Repression informiert wurde. So schien sich zu wiederholen, was die Staatssicherheit und ihre Funktion charakterisierte. Und zugleich spiegelte sich im Herrschaftsinstrument der SED der Kern der Opposition, die sich zu allen Zeiten gegen die diktatorische Führung der „zweiten deutschen Diktatur“ gerichtet hatte.

Der Begriff „Stasi“ öffnete eine breite Kluft möglicher Deutungen jüngster deutscher Zeitgeschichte: Im Westen das Gefühl, mit dem Komplex „Stasi“ einen Lebensnerv des Systems vor Augen geführt zu bekommen; im Osten der Eindruck, die Wirklichkeit eines sich über vierzig Jahre erstreckenden Lebens werde im Westen völlig in den Schatten einer Institution gestellt, die vor allem deshalb bewältigt werden konnte, weil viele private Strategien der Selbstbehauptung, der Absonderung („Nische“) und der Eigenständigkeit („Eigensinn“) erfolgreich gerade dem umfassenden Herrschaftsanspruch des SED-Systems eine Grenze wiesen.

Im Osten Deutschlands mobilisierte der Kampf gegen die „Stasi“ und ihre Hinterlassenschaft bis in den Februar des Jahres 1990 hinein viele Energien der Demonstranten. Diese verhinderten durch ihre Konfliktbereitschaft die Vernichtung der unüberschaubaren Stasi-Unterlagen, der „Duftproben“, „Namenskarten“, Spitzelberichte, „operativen Vorgänge“ und Verpflichtungserklärungen. Demonstranten besetzten Ende 1989 und Anfang 1990 Büros, sicherten die Akten vor dem Reißwolf und machten schließlich mit Hilfe des „Runden Tisches“ gegen die SED-Führung im Einsatz für die Erhaltung der „Stasi-Hinterlassen-

schaft“ mobil. In der Endphase der DDR wurde der Kampf gegen den rasch zerfallenden Apparat Mielkes zu einem Essential der „friedlichen Revolution“.

Als der „Runde Tisch“ sich dieses Themas annahm, durchschauten westliche Beobachter zunächst kaum die Bedeutung einer Selbstbefreiung der Ostdeutschen von dieser Unterdrückungsmacht. Sie waren zunächst, milde gestimmt, durchaus der Meinung, beim MfS handelte es sich um einen „normalen Geheimdienst“. Schlagzeilen produzierte die Umwandlung des Ministeriums in ein „Amt für Nationale Sicherheit“ deshalb nicht. Erst Jahre später nahmen sich zwei Enquete-Kommissionen des Bundestages der deutsch-deutschen Beziehungsgeschichte vor und nach der Vereinigung an und lenkten den Blick in denkbarer Ausführlichkeit auf die Spätwirkungen der Staatssicherheit.

Gleichgültigkeit, Desinteresse und Unkenntnis schwanden innerhalb weniger Wochen, sobald Internierungspläne des „MfS“ bekannt wurden, die sich gegen die Oppositionellen der DDR gerichtet hatten. Zunehmend wurde bewusst, in welchem Umfang sich Aufgabengebiete von anderen Dienststellen – Grenzkontrolle, Meldebehörde, Postkontrolle, Rechtsprechung – mit denen der „Staatssicherheit“ überschneiden hatten. Anfang 1990 machten Fernseh-Bilder mit „Stasi-Knästen“ bekannt, in denen Gefangene unter unwürdigsten Umständen festgehalten worden waren. Immer öfter wurden auch Verfolgungs- und Bespitzelungsgeschichten bekannt. Ehemänner, die ihre Frauen bespitzelt, Kinder, die ihre Eltern ausgeliefert, Geschwister, die sich gegenseitig verraten hatten: Die Deformation der zweiten deutschen Gesellschaft schien einen Namen zu haben. Zwar gab es einige Publizisten, die ganz anders argumentierten und sogar, wie Henryk M. Broder, die eigentlichen Revolutionäre der DDR in der Staatssicherheit ausmachen wollten. Als überdies noch deutlich wurde, in welchem Umfang selbst die Oppositionsbewegungen und –gruppen von Inoffiziellen Mitarbeitern unterwandert waren, schien es so, als hätte es keinen Bereich des

politischen und privaten Lebens gegeben, der unkontrolliert und unbeeinflusst bleiben konnte.

Die Debatte über die weitgehende Beeinflussung unabhängiger Institutionen durch die Staatssicherheit entzündete sich an der Person des ehemaligen Konsistorialpräsidenten und brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe. Um Vorwürfe zu prüfen, er sei Inoffizieller Mitarbeiter des MfS gewesen, setzte der brandenburgische Landtag einen Untersuchungsausschuss ein, der Stolpe entlastete, obwohl bewusst gesuchte konspirative Kontakte Stolpes zur „Stasi“ nicht bezweifelt werden konnten. Die Auseinandersetzung um Stolpe hatte eine deutliche symbolische Funktion, so wurde er zur Identifikationsfigur. Zugleich wurde die Ambivalenz einer Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit deutlich. Man stritt sich über die „Stasi“, ohne die Reichweite ihres Zugriffs und ihre Arbeitsmethoden zu kennen. Um so besser ließ sich über den Einfluss dieser Institutionen und ihrer Mitarbeiter auf die Entwicklung der DDR und das Verhalten der Menschen spekulieren.

Die Stasi

Dabei hätte man den ausgreifenden Einfluss der „Stasi“, die seit 1990 zunehmend die Titelseiten der westdeutschen Magazine füllte und bald den Eindruck verstärkte, selbst die Bundesrepublik Deutschland sei ein von der „Stasi“ unterwandertes und in wesentlichen Bereichen auch beeinflusstes Land gewesen, gewiss besser kennen können, als es zum Jahreswechsel 1989/90 deutlich geworden war. Ursprünglich Anfang Februar 1950 durch ein Volkskammer-Gesetz als besondere Abteilung des Innenministeriums der DDR begründet, wurde die „Staatssicherheit“ nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 organisatorisch wesentlich eigenständiger gegliedert und einem Staatssekretär für Staatssicherheit unterstellt. Aus diesem Staatssekretariat entstand zwei Jahre später das Ministerium für Staatssicherheit. Dabei wurde deutlich, dass es der neuen Institution keineswegs um den Schutz des „zweiten deutschen

Staates“, der „DDR“ gegen fremden Einfluss, sondern dass es um die Kontrolle von Partei, Verwaltung und Gesellschaft und die Absicherung der „Parteidiktatur“ ging, die volksdemokratisch legitimiert werden sollte.

Das MfS war seit seiner Gründung das wichtigste Instrument der SED zur „Durchherrschaft“ der „sozialistischen“ Gesellschaft; zugleich zeigte sich an seinem Einfluss aber auch die Grenze der diktatorischen Herrschaft. Die Staatssicherheit reagierte auf jede Form politischer Widersetzlichkeit; deshalb schlug sich in den Archiven der „Stasi“ ebenso die Überlieferung oppositioneller Bestrebungen und Manifestationen wie der Machtwille der Herrschenden nieder. Dies bedeutet zugleich, dass in den „Stasi-Akten“ viele oppositionelle Aktionen aus dem Blickwinkel der Verfolger beschrieben und bewertet wurden. „Stasi“ wird so erneut zu einem Begriff mit höchst ambivalentem Inhalt: Er steht für staatliche Allmacht und zugleich für diejenigen, die sich diesem Anspruch widersetzen. Insofern bildeten „MfS“ und Opposition eine eng verschränkte Einheit höchst unterschiedlicher zeitgeschichtlicher Komplexe.

Nicht selten wurde in den Akten aber auch die Vielschichtigkeit der politischen Existenz in einer Diktatur deutlich, die nicht selten bewusst darauf abhebt, den Willen der Menschen zu brechen, ihre Selbstachtung zu zerstören, die Grenze zwischen Täter und Opfer aufzuheben. Weil Repressionsakten interpretiert werden müssen, setzt nach der Öffnung der MfS-Archive deshalb eine neue Auseinandersetzung ein, die sich auf den Willen gründet, Repressionsakten authentisch interpretieren zu können. Besonders deutlich wird dies am Beispiel des ehemaligen Konsistorialpräsidenten Manfred Stolpe durchgespielt, der überdies als Brandenburgischer Ministerpräsident zu einer politischen Identifikationsfigur wurde. Wie man es mit der „Stasi“ gehalten habe, das wurde zur wichtigen politischen Frage. Und gleichzeitig wurde deutlich, dass diese Frage eine rückwärtsgewandte Dimension hatte: Wer sich mit der „Stasi“ eingelassen hatte, war

zu deren Werkzeug geworden, hatte die Oppositionsbewegung nicht nur ausgespäht, sondern zugleich ihre Haltung beeinflusst. Er hatte Vertrauen gefunden, obwohl er es nicht verdient hatte. Dies konnte man nicht verzeihen. Damit wurde die zerstörerische Wirkung politischer Geheimdienste auf das politische Zusammenleben deutlich: Misstrauen hatte man in der Diktatur immer gegenüber dem Mitmenschen zu beweisen. Vertrauen forderte die Regierung. Der Preis für die Umkehrung aller demokratischen Vertrauens- und Misstrauensregeln wurde in der Isolation des Menschen von seinem Mitmenschen, sei es Freund, Bruder oder Ehemann, deutlich. Die „Stasi“ galt nun als Zerstörer intakter und vertrauensvoller menschlicher Beziehungen.

Verirrungen der Stasi-Debatten

Damit waren die wichtigsten Linien einer Diskussion über die Staatssicherheit nach dem Ende der DDR vorgezeichnet. Denn es ging bei allen Diskussionen über die „Stasi“ weniger um die Frage nach der Funktionsweise einer Diktatur, nach ihrer gesellschaftlichen Fundierung, nach ihren politischen Voraussetzungen und mentalen Folgen. Im Vordergrund stand auch nicht die Erkenntnis von ganz individuellen Voraussetzungen diktatorischer Herrschaft, die als eine Konsequenz systematisch erzeugter Furcht und Bedrückung gedeutet werden konnte. Sondern es ging zunehmend um die in politischen Konflikten und Parteauseinandersetzungen verwertbare Auseinandersetzung mit einem politischen Fehlverhalten, das die Vermutung „politischer Kumpagnei“ (Gerhard Besier) nährte.

So spitzten sich neue Konflikte zwischen denen, die den Unterdrückungscharakter der DDR immer durchschaut und sich mit DDR-Opportunisten wie Robert Havemann oder Rudolf Bahro solidarisiert hatten, und denen, die eher auf Reformkräfte innerhalb der SED setzen wollten, zu. Dies mag schließlich erklären, weshalb man gewiss irrend die DDR für das „deutschere Deutschland“ (Gaus) hielt.

Der Komplex „Stasi“ wurde immer wieder mit merkwürdigen Bedeutungsinhalten aufgeladen. Der Betrachter der „Stasi“ nahm unausweichlich Partei und verfehlte deshalb nicht selten die Chancen einer funktionalen Erklärung. Eine Auseinandersetzung mit der Herrschaftsfunktion eines Unterdrückungs-, Aufklärungs-, Fahndungs- und Steuerungsorgans wie der „Stasi“ könnte hingegen deutlich machen, unter welchen Voraussetzungen diktatorische Systeme durchgesetzt werden können, weshalb sie sich als Zwangssysteme behaupten, welche Erwartungen sie erfüllen, welche Ängste sie wecken. Manche haben sich willig den Zwängen des SED-Staates unterworfen, weil sie überzeugt waren, er verkörpere einen besseren Weg deutscher Vergangenheit. Andere haben sich angepasst, weil sie nicht die Kraft und den Mut zum Widerspruch fanden, dritte haben vor allem versucht, innerhalb des SED-Systems zu überleben, Karriere zu machen, eine Nische zu finden und zu verteidigen. An der Vielfältigkeit dieser Herausforderungen einer Anpassung lag es, wenn Vaclav Havel einmal feststellte, Anpassung und Opposition teilten in einer Diktatur den Menschen, denn beide Verhaltensweisen seien in ein und derselben Person nachzuweisen.

Die Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit hätte also in der Auseinandersetzung mit den individuellen und kulturellen Voraussetzungen diktatorischer Systeme eine große Chance bieten können, das Verhalten der Menschen angesichts totalitärer Versuchungen und Gefährdungen zu illustrieren. Wenn es gelungen wäre, Kritik an dem Verhalten der Systemträger, der Mitläufer, der partiell oppositionell Gestimmten oder der Fundamentaloppositionellen als prinzipielle Frage an alle zu richten, die in einer Diktatur wie dem SED-Staat leben mussten und überleben konnten, hätte die Auseinandersetzung mit einem Unterdrückungssystem eine aufklärerische Wirkung gehabt. Stattdessen wurden Rechtfertigungsfragen gestellt, politische Konflikte ausgetragen, Ausflüchte nahegelegt. Denn das „Verhältnis zur Stasis“ wurde als Belastungsproblem diskutiert, nicht

als Möglichkeit, Klarheit in das Fehlverhalten zu bringen, Schuldfragen zu erörtern und so auch Probleme moralischer Selbstbehauptung zu reflektieren.

Vielleicht neigen Menschen in postdiktatorischen Systemen immer dazu, ihr kollektives Verhalten als Mitläufer oder Angepasste und als sich den politischen Zumutungen fügende Zeitgenossen durch den Hinweis auf Unterdrückung, Verfolgung und Terrorisierung verständlich zu machen. Sehr rasch verweist man dann auf Institutionen gesellschaftlicher und politischer Kontrolle, deren weitgehende Willkür die Allmacht erklären soll, die sie über Menschen ausübten. Keine postdiktatorische Gesellschaft kommt deshalb ohne Erinnerung an Unterdrückungsorgane aus, die in der Regel auf eines nicht befragt werden: auf Spielräume, die sie gewannen, weil sie keinen Widerspruch fanden.

Prinzipielle Fragen, die das Versagen des Individuums im totalitären Zeitalter erklären können, werden unmittelbar nach dem Zusammenbruch diktatorischer Systeme hingegen nur selten gestellt. Denn letztlich wollen die nach einem Zusammenbruch des „Gewaltregimes“ in neuen Verhältnissen lebenden Zeitgenossen vergangener diktatorischer Systeme ihr Fehlverhalten erklären und sich durch den Hinweis auf Zwangssituationen ebenso entschuldigen wie entlasten. Sie müssen deshalb auf politische Strukturen des Zwanges, der Unterdrückung und des Schreckens verweisen, um ihre individuelle und ganz persönliche, aus vielen Gründen erklärliche Anpassung plausibel und respektabel zu machen.

Widerspruch und Widerstand

Aber nicht alle, die sich der Macht der Staatssicherheit ausgeliefert wählten, waren Angepasste oder Mitläufer. Manche widersetzten sich ihrer Verpflichtung, widersprachen der Aufforderung, andere zu bespitzeln, protestierten gegen ihre Entmündigung und gaben zu erkennen, dass sie ihrer eigenen Furcht nicht folgen und sich nicht unterwerfen wollten. Sie besiegten ihre Angst,

ließen sich durch die Androhung von Nachteilen nicht einschüchtern. Deshalb traten sie den Führungsoffizieren der Staatssicherheit entgegen, gebrauchten Ausflüchte, „dekonspirierten“ sich nicht selten, bewahrten sich auf diese Weise davor, zum Denunzianten zu werden, zahlten dafür oftmals auch einen hohen Preis. Sie protestierten, machten als Dissidenten und Nonkonformisten abweichende Meinungen kund, leisteten gar Widerstand, indem sie Gesetze bewusst verletzten, weil sie deren Rechtmäßigkeit nicht anerkennen wollten. Sie gingen ein Risiko ein und nahmen Gefährdungen auf sich, die sie unmittelbar mit jenen „Staatsorganen“ konfrontierten, die das diktatorische Regime eingesetzt hatte, um sich gegenüber einer politisch nicht fügsamen Bevölkerung behaupten zu können. Widerstehende wurden inhaftiert, verhört, vor Gericht gestellt, nicht selten eingeschüchtert und traumatisiert, denn das Regime tat alles, um durch Traktieren Andersdenkender Schrecken und Lähmung zu verbreiten. Zur Geschichte der Widerständigen gehört ihre Unterdrückung: Staatssicherheit und Opposition sind aufeinander bezogen.

Unterdrücker, Angepasste und Widerständige bestimmten gemeinsam das Bild der Staatssicherheit. Mitläufer und Widerständige verwiesen nach dem Zusammenbruch des diktatorischen Systems in gleicher Weise wie die Oppositionellen auf die Unterdrückungsorgane, deren Macht im Augenblick des Zusammenbruchs gebrochen wurde. Sie deuteten auf die Mitarbeiter der Unterdrückungsorgane, die „Täter“, und weckten den Eindruck einer strengen Scheidung zwischen diesen und deren „Opfern“. Diese bestimmten zunächst das Bild von den diktatorisch geprägten Lebensverhältnissen, obwohl sie nicht die Mehrheit verkörperten. Sie prägten zunächst die Stimmungen.

Diejenigen aber, die sich nicht angepasst hatten, waren in der Minderheit und hatten kaum eine Chance, in großem Maße Aufmerksamkeit der Nachlebenden zu finden. Sie wurden nicht selten sogar abgelehnt, denn in ihrer Widerständigkeit ahnte man die Alternative zur

Anpassung der meisten Zeitgenossen. Es gab nicht nur Folgebereitschaft und Anpassung, um in der Diktatur zu überleben. Aber erst im Wandel der Generationen durch die Zeit schwächte sich der Einfluss der Mitläufergeneration ab. Deshalb brauchen die Gegner diktatorischer Regimes immer eine lange Zeit, um den Nachlebenden die Voraussetzungen und Begleitumstände ihrer Widerständigkeit zu erklären und jene Anerkennung zu finden, die ihre Unabhängigkeit und Kraft zur Selbstbehauptung als „exemplarische Tat“ gegen Anpassung und Unterdrückung verdient.

Die Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit und ihren Mitarbeitern konfrontierte die deutsche Gesellschaft mit Verstrickungen, die Ausdruck politischer Lebensverhältnisse im Jahrhundert jener Diktaturen waren, die sich durch ein Emanzipationsversprechen legitimierten und doch nur Unterdrückung und Anpassung hervorgebracht hatten. In der Auseinandersetzung über Verantwortung und Schuld, Folgebereitschaft und Widersetzlichkeit, Selbstbehauptung und moralische Kapitulation schlug sich Vieles nieder: Enttäuschung über verlorene Jahre, Erklärung der Anpassung in den neuen Bundesländern, Genugtuung, nicht selten Überheblichkeit und Schadenfreude, ja Verachtung unter manchen Bundesbürgern im Westen, aber auch Zorn über Nutznießer des diktatorischen Systems, die den Mächtigen Kenntnisse über Individuen verschafft hatten. Letztlich aber bestimmten Entsetzen, Entgeisterung und Scham über das eigene Ungenügen und die Strukturen einer „durchherrschten Gesellschaft“ die Erörterungen.

Dass die „Stasi“ nicht nur eine „Krake“, sondern ein ausdifferenzierter Kontroll-, Macht- und Steuerungsapparat mit einem sichtbaren räumlichen Bezugspunkt war, zugleich aber ihr Drohpotential aus der Vermutung ihrer Allgegenwärtigkeit gezogen hatte, machten Oppositionelle schnell deutlich, die im Jahreswechsel 1989/90 bereits eingeleitete Versuche beendeten, belastende Unterlagen in großem Umfang zu vernichten. An immer neuen Schreckensmeldungen über das „MfS“

fehlte es in der Untergangphase der DDR nicht: Stasi-Knäste, Internierungspläne, Isolationszellen, Verhaftungspläne; Bestrahlungstechniken und Verpflichtungserklärungen beunruhigten die Öffentlichkeit immer wieder neu. Eigentlich ging es aber bei der Diskussion über die „Stasi“ um mehr. Denn unerklärlich blieb der weitgehende Veränderungsanspruch einer politischen Führungsschicht, die den (von der Bevölkerung weitgehend akzeptierten) Anspruch erhob, alte Kräfte beseitigen und eine neue Gesellschaft schaffen zu können. Dazu bedurfte man des Schreckens, der Einschüchterung und des Eingriffs in gewachsene zwischenmenschliche und keineswegs nur politische Beziehungen.

Im freiheitlichen Verfassungsstaat gilt jedes Individuum als befähigt, politische Funktionen auszuüben und als Repräsentant der Mitmenschen in Vertretungskörperschaften an der Willensbildung des Staates teilzuhaben. Zahlreiche Sicherungssysteme schränken die Neigung, vor allem aber die Möglichkeit zur Machtmissbrauch ein. Denn ein Kennzeichen des freiheitlichen Systems ist das Misstrauen gegenüber denjenigen, welche die Macht haben. Herrschaft wird befristet, muss periodisch neu legitimiert werden, unterwirft sich Schutzbestimmungen wie dem geheimen Wahlrecht, Gewaltenteilung, Föderalismus, Minderheitenschutz, Rechtsstaatlichkeit und die Verpflichtung der Staatsträger auf übergesetzliche oder unverbrüchliche Staatsziele begrenzt viele Möglichkeiten des Machtmissbrauches. Vertrauen bringt man statt dessen dem Mitbürger entgegen, denn er gilt als politisch befähigt und kann jederzeit kraft Wahl eine politische Funktion übernehmen.

In einem diktatorischen System kehrt sich dieses Verhältnis um. Die Parteiführung fordert unbedingtes Vertrauen, habe sie doch Kenntnis über den weiteren Gang der politischen Entwicklung, verfüge über die Einsicht in die Notwendigkeit und verstehe sich als Führung, die den Gang der historischen Entwicklung voraussehe und deshalb auch bewusst gestalten könne. Deshalb könne sie feindliche, reaktionäre,

überholte, rückwärtsgewandte Bestrebungen benennen und bekämpfen, denn der wahre Feind sei der Gegner des Neuen.

Es waren vor allem Schriftsteller, die den Ort der „Stasi“ in der Gesellschaft bestimmen konnten. Wer Uwe Johnsons Romane gelesen hatte, war nicht überrascht, als Zugriff, Technik und Reichweite der „Stasi“ deutlich wurden. In allen seinen Romanen hatte Johnson ein präzises Bild der „Staatssicherheit“ gezeichnet. Auch die Romane von Erich Loest hatten sich durch einen klaren Blick auf die „Stasi“ und eine deutliche Sprache ausgezeichnet. Beide hatten aus der Mitte der historischen Entwicklung der DDR geurteilt und auf diese Weise eine Überhöhung der „Krake“ vermeiden können, sich aber auch keine Ausflüchte in der Konfrontation mit der Realität der Repression gestattet. Sie fragten nach den Motiven der Anpassung, schilderten ebenso das Versagen des Individuums in der unmittelbaren Konfrontation mit den Mächtigen wie auch ihr stummes und einsames Aufbäumen, das sich auch in der Flucht ausdrücken konnte. Sie fragten nach den Motiven, die Menschen veranlasst hatten, die Gründung der DDR zu begrüßen und Begleitumstände zu akzeptieren, die mit der „Stasi“ verknüpft wurden. Während man im Westen die DDR weiterhin als „Zone“ oder sogar als „Phänomen“ bezeichnete, schilderten sie die Realität, die zunehmend durch die Stasi bestimmt wurde. Dadurch erlagen sie der Versuchung, der DDR eine Staatlichkeit zuzusprechen, die sich auf politische Moralität stützte. „Stasi“, das war ein Synonym der Repression und der Menschenrechtsverletzung, der Auslieferung des Individuums an Mächte, deren Struktur, deren Absichten durchschaut wurden - was niemals die Anerkennung der DDR aus ganz grundsätzlichen Rechtfertigungsgründen erlaubte. Mochte die SED-Führung das „zweite Deutschland“ auch sehr selbstbewusst als „Deutsche Demokratische Republik“ bezeichnen, so machte die „Stasi“ deutlich, dass dieser Staat sich gerade nicht auf demokratische Zustimmung seiner Bürger stützen konnte. Wäre das jemals zutreffend

gewesen, hätte es keiner „Staatssicherheit“ bedurft.

Die Umstände seines Scheiterns blieben aber ebenso umstritten wie die Rolle der Kräfte, die schließlich zur Implosion des Systems führten. Legten die Einen Akzent auf die außenpolitischen Rahmenbedingungen, den innersowjetischen Wandel mit Perestrojka und Glasnost, so betonten andere die innere Erschöpfung des Ostblocks, das Leben aus der Substanz des Wirtschaftssystems, in der Regel werden die Führer der Geheimen Polizei, der Sicherheitsdienste, der Unterdrückungsapparate deshalb zu Schreckensgestalten, deren Macht man verklärt, auch, um die Anpassungs- und Folgebereitschaft der Mitläufer verständlich zu machen.

So brauchten viele und vor allem die Mitarbeiter des „Ministeriums für Staatssicherheit“, die Gefolgsleute der „Firma Horch und Guck“, den Mythos der „Stasi“. Wir aber benötigen ihn heute nicht mehr – und

dies umso weniger, als sich Legenden gerade an die Unterstellung von der Normalität dieses Repressions-, Spionage- und Infiltrationsorgans knüpfen.

Das Jahr 1989 begann mit der Erinnerung an die Französische Revolution. Es endete mit der Erfahrung, selbst eine Revolution gemacht oder zumindest unmittelbar verfolgt zu haben. Heute ist klar: Die Konfliktlinie verläuft zwischen Verfassungsstaat und Demokratie auf der einen, Diktatur auf der anderen Seite. Dass die Demokratie westlichen Typs diesen Konflikt für sich entschied, das macht die Bedeutung des Jahres 1989 aus. Und dass in der Bundesrepublik die Geschichte der millionenfachen Repression, des hunderttausendfachen Vertrauensbruchs akribisch aufgearbeitet werden konnte, das war der Glücksfall dieser Revolution, den wir vor allem den ostdeutschen Oppositionellen verdanken.

Der Hass und die Scham

Die Deutschen und Israel

Von Ernst Eichengrün

Der Gaza-Konflikt hat jüngst die Gemüter erhitzt. Er traf hierzulande auf eine seit Jahren immer stärker gewordene Gefühlslage: Kritik an Israel war zu einem zentralen Punkt des Zeitgeistes geworden.

Zunehmend hatte es wehleidig geheißen, man würde Israel ja wohl noch kritisieren dürfen. Aber: War diese Kritik denn verboten? Wurden Kritiker denn mundtot gemacht? Nein, die weite Resonanz, die selbst extreme Kritiker fanden und auch die Einseitigkeiten in vielen unserer Medien beweisen das Gegenteil. Doch dann müssen sich die Israel-Kritiker auch gefallen lassen, ihrerseits kritisiert zu werden. Es muss

uns erlaubt sein, uns Gedanken über die Motive und Ziele sowie über die Folgen der Aktionen dieser Kritiker zu machen. Und das soll hier geschehen.

Kritik unter Freunden?

Unter Freunden sei Kritik legitim und sogar hilfreich, so heißt es oft abwiegelnd. Dass eine solche Kritik ihre Grenzen haben sollte, wird dabei unterschlagen. Und ob es sich tatsächlich um „Freunde“ handelt, wäre ernstlich zu prüfen.

Zunächst einmal: Es wäre ungerichtet, die grundsätzlichen Verteidiger der israelischen Politik

über einen Kamm zu scheitern. Beileibe nicht alle stehen dieser Politik völlig kritiklos gegenüber. Ebenso kann man die westlichen Kritiker an Israel nicht alle in einen Topf werfen. Sie unterscheiden sich in ihren Positionen, in der Art, sie zu vertreten, in ihren Motiven und in ihren Zielen.

Ginge es den Kritikern nun vor allem darum, durch gezielte, sachliche Kritik Israel zu der einen oder anderen Kurs-Korrektur zu bewegen, dann ist das einigen gründlich misslungen; denn wer sich mit überzogener Agitation darum bemüht, ein Feindbild von Israel zu schaffen, wer sich davor hütet, auch an den Palästinensern Kritik zu üben und wer sogar einseitig zugunsten der Palästinenser Stellung bezieht, dessen Kritik ist nicht nur kontraproduktiv, sie kann auch schwerlich als die eines „Freundes“ akzeptiert werden.

Sicherlich ist es legitim, die Öffentlichkeit auf Unrecht in Vergangenheit und Gegenwart hinzuweisen. Doch eine andere Sache ist es, das von außen und in Form einer gewaltigen, einseitigen Kampagne zu machen. Das weckt den begründeten Verdacht, es ginge Einigen um die Delegitimierung der Existenz Israels überhaupt. Diese Kritiker sollten endlich damit aufhören, sich als „Freunde Israels“ auszugeben.

Die Motive der Kritiker

Ihre Motive sind unterschiedlich: Einige handeln aus Sensibilität für Unrecht, sind dabei freilich oft recht einäugig, sehen das Problem unterkomplex und nie im Sinne einer Verantwortungsethik, einige von ihnen mögen zuvor auch ein idealisierendes Bild von Israel gehabt haben; als dieses in die Brüche ging und sich herausstellte, dass auch Juden nichts Menschliches (also einigen auch nichts Unmenschliches) fremd ist, schlug aus Enttäuschung Sympathie in Antipathie um. Andere Kritiker haben freilich weiterrei-



Der Autor

Ernst Eichengrün, Königswinter, war u. a. Bundessekretär der Jungsozialisten 1967–69, später Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts, anschließend Mitarbeiter des Bundesarchivs.

chende politische Ziele: generelle Mobilisierung gegen Israel. Das gilt für Kritiker von links- und rechtsaußen. Insofern ist es kein Zufall, dass Ilan Pappé ausgerechnet der „National-Zeitung“ ein Interview gegeben hat und Norman Finkelstein gerne von der „Jungen Freiheit“ nachgedruckt wird.

Sicher: Es gibt Kritiker, die sich hin und wieder vom palästinensischen Terror distanzieren, von manchen sicherlich auch nicht nur als Alibi-Funktion gedacht. Doch wo bleiben die eindringlichen, ernstlichen Ermahnungen an die arabische Seite? Und wo bleibt das Erschrecken darüber, dass ganz Palästina jubelt, wenn unschuldige israelische Jugendliche mit voller Absicht von Palästinensern getötet werden? Hingegen herrscht, wenn bei Kampfhandlungen unbeabsichtigt palästinensische Zivilisten getötet werden, in Israel zumeist Betroffenheit. Dieses Gefälle an Humanität nicht mit in die Abwägung einzubeziehen, so verständlich die

arabischen Emotionen oft auch sein mögen, reduziert den moralischen Anspruch der Kritiker auf eine punktuelle, wenn nicht gar instrumentalisierte Moral.

Bei vielen Kritikern herrscht Schwarz-Weiß-Malerei vor. Israel wird Rassismus vorgeworfen, doch man schweigt dazu, wenn arabische Stimmen die Juden als „Affen und Schweine“ bezeichnen. Kennzeichnend ist auch die Sprache dieser Kritiker: Da wird von genereller Brutalität geredet, von Apartheid, von Rassismus, Kolonialismus, Genozid und Holocaust. Und da wird Israel allzu gern mit den Nazis verglichen. Manche scheuen auch nicht davor zurück, mit Thesen einer Weltverschwörung, gar einer „Israelisierung der ganzen Welt“, alte antisemitische Stereotype zu bedienen. Es handelt sich

hier eindeutig um den Versuch einer Dämonisierung Israels.

Die Fehler der Kritiker

Was bei der Welle an Kritik auffällt, ist erstens: Sie konzentriert sich übermäßig auf Israel; ethnisch motivierte Verfolgung mit einer viel höheren Zahl ziviler Opfer, wie im Sudan und Tschetschenien, oder auch Unterdrückung, wie u. a. in Burma, China, Nordkorea und Kuba, ziehen – wenn überhaupt – bei Weitem nicht das Ausmaß an organisiertem Protest auf sich wie gerade Israel. Von den Rechten der Frauen in der islamischen Welt ganz zu schweigen. Wo bleiben die Proteste, wenn Moslems sich aus ideologischen Gründen gegenseitig abschlachten, wie z. B. damals in Algerien oder heute im Irak?

Zweitens sind viele Kritiker einäugig: Sie sehen nur die israelischen Aktionen, nicht jedoch die der Araber. Wo blieb das Erschrecken über die Heroisierung des mehrfachen Mörders Samir Kuntar? Wo bleibt die Kritik an den Vernichtungs-Dro-

hungen aus Teheran? An der Anstachelung von Hamas und Hisbollah durch den Iran, um den Friedensprozess zu sabotieren? Sieht man nicht die offizielle Hasspropaganda der Araber, die sogar auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ zurückgreift; weiß man nicht, dass diese Hasspropaganda wichtiger Bestandteil der Lehrpläne und der Schulbücher an palästinensischen Schulen ist, sogar an den vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) unterhaltenen Schulen? Und mit Geldern der EU.

Erkennt man nicht, dass es manchen Palästinensern keineswegs nur um die Beendigung der Besetzung der Westbank geht, sondern um die Auslöschung Israels? Oder will man es nicht sehen? Findet man es vielleicht sogar richtig?

Drittens ignoriert diese Bewegung die Komplexität des ganzen Problems und das Dilemma, in dem die israelische Politik unentrinnbar steckt. Die Realität wird zu weiten Teilen einfach ausgeblendet. Ein Bemühen um abgewogene, alle Faktoren berücksichtigende Differenzierung fehlt. Oft werden Ursache und Wirkung miteinander verwechselt. Die Kritik ignoriert zudem die israelischen Befürchtungen, die auf realen Erfahrungen fußen, die Ängste, die die Israelis immer wieder heimsuchen. Dass sie den Friedensprozess zunehmend skeptisch beurteilen, liegt eben daran, dass die weitreichenden Konzessionen 2000/2001 mit der zweiten Intifada beantwortet und die Räumung des Gaza-Streifens mit 6500 Raketen „belohnt“ wurden.

Was schließlich fehlt, ist jegliche Differenzierung innerhalb des Lagers aller Israel-Kritiker. Solange die ethisch Motivierten sich nicht von den Radikalen abgrenzen und ihnen öffentlich entgegenreten, werden sie unvermeidlich mit ihnen in einen Topf geworfen werden. Gerade die eher gemäßigten Kritiker sollten mäßigend auf die Palästinenser einwirken. Aber: Wo tun sie es? Im Gegenteil: Ihre einseitige Unterstützung der radikalen Palästinenser kann nur dazu führen, dass diese sich in ihren extremen Forderungen und Taten bestärkt fühlen.

Was sind nun die wahrscheinlichen Konsequenzen einer qualitativ wie quantitativ überzogenen Kritik an Israel, ob die Kritiker es so wollen oder nicht?

Israel wird zunehmend als Störenfried empfunden, als Gefahr für den Weltfrieden. Seine Existenz und auch seine Gründung selbst erscheinen so als Sündenfall der Geschichte, den man so bald wie möglich rückgängig machen sollte. Sollte es in Zukunft zu einer wirklichen, Israels Existenz im Kern bedrohenden Krise in Nahost kommen, so könnte Israel - unabhängig von der Schuldfrage - hierzulande nicht mit Sympathie, erst recht nicht mit Solidarität rechnen: „Die Juden haben sich das selbst zuzuschreiben!“.

Aktuell: Gaza

War die einseitige Sicht auf Israel schon bislang im Übermaß vorhanden, so steigerte sie sich beim Gaza-Konflikt zu einem beispiellosen agitatorischen Zorn. Zugleich wurden die Tatsachen vollends ausgeblendet oder gar verfälscht.

Wer dabei dennoch als differenzierungsfähig gelten wollte, konzentrierte sich gern auf den Vorwurf, Israel habe unverhältnismäßig reagiert. Doch diese Kritiker sagen nicht, was denn wohl als verhältnismäßig hätte gelten können: Ein Selbstmord-Attentat gegen ein Selbstmord-Attentat? Ein Schuss auf eine Schule in Gaza als Antwort auf die Beschießung einer israelischen Schule? Oder gar eine Rakete gegen jede einzelne der vielen Tausend Raketen? Das hätte wohl sehr viel mehr Opfer gegeben!

Und: Was hätte unterhalb der Schwelle des israelischen Eingreifens wohl den Raketen-Beschuss stoppen können? Hätte Israel diese Raketen einfach weiter hinnehmen sollen? Hätte es warten sollen, bis die Raketen Tel Aviv treffen?

Israel hat recht lange gewartet, ehe es auf den Bruch des Waffenstillstandes 2008 reagiert hat. Gerade das mag übrigens viele Israelis dazu bewogen haben, bei den jüngsten Wahlen rechts zu wählen, im bedrohten Süden sogar überproportional.

Nun zu den zivilen Opfern in Gaza: So schrecklich jedes einzelne Schicksal auch ist – kein Zivilist wäre getroffen worden, wenn die Hamas nicht auf die unmenschliche, völkerrechtswidrige Taktik der menschlichen Schutzschilder gesetzt hätte. Und das mit voller Absicht. Israel sollte so vor das Dilemma gestellt werden, entweder nichts zu tun oder aber sich durch den Tod von Zivilisten die Kritik der Weltöffentlichkeit zuzuziehen..

Doch unsere Kritiker taten alles, um den Eindruck zu erzeugen, als kenne Israel keinerlei Hemmung. Aber hat es tatsächlich seine Stärke voll ausgespielt? Hat es etwa zu dem Mittel von Flächen-Bombardierungen, wie wir sie aus dem Weltkrieg kennen, gegriffen?

Hierzulande wurde auch kaum wahrgenommen, wie weit Israel beim Schutz von Zivilisten ging. So haben Piloten mehrfach nach dem Abschuss von Raketen auf ein Fahrzeug der Hamas diese Raketen umgelenkt, wenn dieser Pkw plötzlich von Zivilisten umgeben war. Doch solche Details fanden sich natürlich nicht in unseren vortrefflichen Medien.

Empörung erregte die Meldung, dass die Israelis am 6. Januar eine UN-Schule angegriffen und dabei 43 Zivilisten getötet hätten. Diese – auch von der UN-Flüchtlings-Organisation UNRWA bestätigte – Meldung wurde weit verbreitet und gab der Hamas-Propaganda gewaltigen Auftrieb. Inzwischen wurde ermittelt, dass keine einzige Granate diese Schule getroffen hat und in dieser Schule kein Mensch getötet wurde. Selbst die UNRWA hat das jetzt kleinlaut zugegeben.

Welche Resonanz fand das in unserer Öffentlichkeit? Und wer wurde hierzulande darüber informiert, dass es ein Lehrer einer anderen UN-Schule in Rafah war, der dort selbst Raketen gebastelt hatte?

Wir Deutsche besonders zur Kritik berufen?

Was uns Deutsche betrifft, so gibt es die These, wir hätten in erster Linie als Lehre aus der Vergangenheit die Aufgabe, von Israel begangenes Unrecht anzuprangern. Unsere Lehre aus der Vergangenheit ist jedoch vor allem die Aufgabe, hierzulande ein erneutes Anwachsen des Antisemitismus nicht zuzulassen. Unrecht braucht deswegen nicht kritiklos zu bleiben; doch welche groteske Ansicht, ja, welche geschichteverleugnende Anmaßung ist es, wenn die Kinder der Täter sich jetzt vor allen anderen dazu berufen fühlen, den Opfern lautstark - und zu einem großen Teil in der Sache ungerechtfertigt - die Leviten zu lesen!

Nein, unsere vornehmliche Aufgabe gegenüber Israel heißt: prinzipielle Solidarität. Schließlich auch: eine differenzierte Betrachtungsweise eines komplexen Problems und ein konstruktiver Beitrag zur friedlichen Lösung dieses Problems. Solange, was zu befürchten ist, eine solche Lösung vorerst nicht erreichbar ist, sollten wir zu einer deeskalierenden Regelung beitragen. Doch hiervon sind manche Israel-Kritiker weit entfernt. Bei ihnen schlägt Kritik in Hasspropaganda um, die den Nahost-Konflikt nur weiter anfährt.

Wer von Genozid und Völkermord fantasiert, wer Israel dämonisiert, hat aus unserer Geschichte wirklich nichts gelernt. Wo ein - ohnehin nicht gerechtfertigter - Zorn auf Israel in blanken Hass umschlägt, da

muss diesen Tendenzen energisch entgegengetreten werden. Selbst wer öffentliche einseitige Kritik, an der ihn ja niemand hindert, für notwendig hält, sollte sich als Deutscher doch verbal mäßigen. Wer, wie MdB Norman Paech, außenpolitischer Sprecher der Links-Fraktion, davon redet, die Mehrheit des jüdischen Staates befinde sich "im Blutrausch", disqualifiziert sich selbst.

Doch mit der Haltung der *Linkspartei* (wohl richtiger als Linksaußenpartei zu bezeichnen) ist das ohnehin so eine Sache: Zwar hat Gregor Gysi seiner Partei ins Gewissen geredet und die Solidarität mit Israel als ein „moralisch gut begründbares Element der deutschen Staatsräson“ bezeichnet, doch allein die Tatsache,

20 Jahre Freiheit – Die Opfer der Unfrei-

Wir feiern 2009 die vor 20 Jahren wieder gewonnene Freiheit in den neuen Bundesländern. Dabei sollten wir nie vergessen: Menschen in der DDR waren es, die zu Hunderttausenden mit ihrem Freiheitsdrang und dem Willen zur Einheit unter größtem persönlichem Risiko der ganzen Welt bewiesen: „Wir sind das Volk!“, dann: „Wir sind ein Volk!“ Sie stürmten friedlich die Stasi-Zentralen mit den Rufen: „Stasi raus!“ und „Stasi in die Produktion!“

Wir Deutschen haben uns seit den 50er Jahren der Opfer der NS-Terrorherrschaft angenommen. Ein Teil unserer Geschichte besteht aber auch aus dem unvorstellbaren Leid, das tausenden Menschen vom Stasi-Staat zugefügt wurde. Das sollten wir uns 20 Jahre danach vor Augen führen.

Für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und insbesondere die Entschädigung ihrer Opfer ist auf gesetzlichem Wege viel getan

worden. Aber noch heute sind viele Unrechtsurteile nicht aufgehoben. Viele Betroffene verzweifeln daran, zu ihrem Recht zu kommen.

Wissen wir 20 Jahre nach dem Fall der Mauer genug übereinander? Die Kenntnisse besonders der jungen Leute über die deutsche Teilung und das Leben „der jeweils Anderen“ sind erschreckend gering. Gerade auch über das Leid schwer traumatisierter Opfer wird wenig geredet und geschrieben. Von Zwangsadoptionen und Bespitzelungen am ehesten dann, wenn Film und Fernsehen das Thema aufgreifen. In jüngster Zeit bemühen sich interessierte Kreise, die Verbrechen des untergegangenen SED-Staates zu beschönigen. Mehr Aufklärung und Information tun not.

Die Aktion Gemeinsinn, die unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler steht, ist die älteste überpar-

Georg Baums, ehemaliger Präsident des Gesamtverbandes Werbeagenturen (GWA)

Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Blum, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (Saale)

Dr. Ulrich Bopp, Geschäftsführer der Robert-Bosch-Stiftung i.R.

Monsignore Dr. Karl-Heinz Duche, 1989/90 Moderator des Zentralen Runden Tisches in der DDR

Heinz Eggert, Sächsischer Staatsminister a. D., MdL

Rainer Eppelmann, Minister a. D., Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung

„Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“

Jutta Fleck, die tatsächliche „Frau vom Checkpoint Charly“

Dr. h.c. Joachim Gauck, ehem. Bundesbeauftragter für die Unterlagen der „Stasi“, Vorsitzender des Vereins

„Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e.V.

Dr. Dieter Haack, Bundesminister a. D.

Helmut Heinen, Hrsg. „Kölnische Rundschau“

Pfarrer Dr. Reinhold Hemker, MdB

Dr. Helmut Herles, Chefredakteur a. D.

Stephan Hilsberg, MdB

Bodo Hombach, Staatsminister und Bundesminister a. D.

Prof. em. Dr. Hartmut Jäckel, FU Berlin

Joachim Jauer, Fernsehjournalist

(vor der Wende für ARD und ZDF in der DDR)

Prof. em. Dr. theol. Drs. L. Mitglied des Ordens Pour le

Brigitta Kögler, Rechtsanwältin, ehemalige Bürgerrechtlerin

Mitglied der ersten freien Wahl

stellvertretende Vorsitzende der Aktion Gemeinsinn, J.

Prof. Dr. Ing. h.c. Berthold, Vorsitzender des Aufsichtsrats

GmbH+Co. KG

Landesbischof em. Dr. We.

Sabine Leutheusser-Schn.

Bundesministerin a. D., stellvertretende FDP-Frakt.

dass er einen solchen Appell an seine Partei für notwendig hält, spricht Bände. Wohlweislich hat es dort in dieser Frage bislang auch keine Abstimmung gegeben. Und als kürzlich der Bundestag seine Resolution gegen Antisemitismus verabschiedete, verließen 11 Abgeordnete der Linksaußenpartei demonstrativ den Saal.

Dabei müsste den Erben der SED doch eines klar sein: Gerade auch die DDR hat gegenüber Israel Schuld auf sich geladen. Bis zum Schluss war die PLO ihr Lieblings-Partner, Terroristen-Ausbildung inklusive. Und, wie kürzlich erst bekannt geworden, hatte die NVA im Yom-Kippur-Krieg von 1973 schon einige ihrer Kampfflugzeuge nach Syrien gebracht, damit sie dort in den

Krieg gegen Israel eingreifen. Wenn die Israelis diesen Krieg nicht rechtzeitig für sich entschieden hätten, dann wäre die Situation eingetreten, dass deutsche Piloten aus deutschen Flugzeugen auf Israelis geschossen hätten.

Stoppt den Hass!

In den letzten Monaten zogen viele große Demonstrationen durch unsere Straßen, auf denen die Forderung nach Frieden einseitig an Israel gerichtet wurde, ohne auch nur einen Gedanken an das Recht der Israelis auf Selbstverteidigung zu verschwenden. Demonstrationen, für die die Untaten der Hamas nicht existierten, ja, auf denen vielfach unter der grünen Fahne der Hamas

marschiert wurde, jener Hamas, deren Ziel die Auslöschung Israels ist. Und vor allem gab es Demonstrationen, auf denen Teilnehmer genau dieses Ziel herausbrüllten. „Wir wollen siegen“, hieß es da, „Wir sind alle Hamas“ und schließlich „Alle Juden tot!“

Das mag zwar nicht für alle Teilnehmer gegolten haben, doch wo blieb die Distanzierung der vorgeblich Gemäßigten, denen es angeblich um Frieden geht, gegen die Radikalen? Offenkundig war der Hass auf Israel stärker als der vorgebliche Pazifismus, der sich als Zweck-Pazifismus erwies.

Und es zeigte sich hier deutlich, wie leicht Antizionismus in Antisemitismus umschlägt.

Freiheit brauchen Mitgefühl und Hilfe

teilliche Bürgerinitiative unserer Republik und Trägerin des Einheitspreises der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie ruft dazu auf: Nutzen wir das Jubiläumsjahr, um in Ost und West mehr übereinander zu erfahren! Es gibt viele Möglichkeiten, sich vor Ort an der Aufklärung über unsere Geschichte zu beteiligen und den Stasi-Opfern zur Seite zu stehen:

- mehr Gespräche mit Zeitzeugen organisieren,
- Appelle an Schulen und Vereine, das Thema intensiv zu behandeln,
- ehrenamtliche juristische und finanzielle Beratung vor allem durch Senioren,
- Besuche in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

40 Jahre getrennte Geschichte in Ost und West müssen zu einem gemeinsam erarbeiteten Geschichtsbild zusammenwachsen.

Wenn Sie mehr zu diesen Themen wissen wollen, schreiben Sie uns bitte per Post (Am Hofgarten 10, 53113 Bonn) oder E-Mail (info@gemeinsinn.de). Sie erhalten dann Unterlagen vor allem auch zu Möglichkeiten Ihres persönlichen Einsatzes. Rückporto (1,45 Euro) bitte nicht vergessen.

Die Aktion Gemeinsinn lebt seit mehr als 50 Jahren ausschließlich von Spenden. Sie ist als gemeinnützig anerkannt. (Sparkasse KölnBonn, Konto 17 538 109, BLZ 370 501 98) Sie können sich auch auf unserer Website informieren:

www.gemeinsinn.de

Aktion Gemeinsinn e.V., Bonn



Eberhard Jünger, D.D.,

e mérite

vältin,

n und

Volkskammer,

e

na

ld Leibinger,

rates der Firma Trumpf

erner Leich, D.D., Eisenach

arrenberger, MdB,

ionsvorsitzende

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des

Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Dr. Hans-Joachim Maaz, Vorsitzender der

Deutschen Gesellschaft für analytische

Psychotherapie und Tiefenpsychologie e. V.,

Halle (Saale)

Markus Meckel, MdB, Vorsitzender des

Stiftungsrates „Zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“

Gernot Mittler, Rheinland-Pfälzischer

Staatsminister a. D.

Prälat Dr. Stephan Reimers, Bevollmächtigter

des Rats der EKD bei der

Bundesrepublik Deutschland

Renate Schmidt, MdB, Bundesministerin a. D.

Carsten Schneider, MdB

Prof. em. Dr. Carl-Christoph Schweitzer,

Universität Bonn, Ehrenvorsitzender der Aktion

Gemeinsinn

Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast,

Parlamentarische Staatssekretärin a. D.,

Vorstandsvorsitzende der Aktion Gemeinsinn

Dr. h.c. Erwin Teufel, Ministerpräsident a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel, Bundesminister a. D.

Friederike von Kirchbach, Pröpstin der

Ev. Kirche Berlin-Brandenburg-Schles. Oberlausitz

Joachim Westhoff, Chefredakteur a. D.,

stellvertretender Vorsitzender der

Aktion Gemeinsinn

Wenn sich auf deutschen Straßen 70 Jahre nach der „Reichspogromnacht“ vom 9. November 1938 in Deutschland heute wieder Leute finden, die in aller Öffentlichkeit den Juden ungeheuerliche Vorwürfe machen, sie beschimpfen, ja, den Tod der Juden fordern, so ist das ein ungeheuerlicher Vorgang, den wir nicht leichthin mit Hinweis auf die leichte Erregbarkeit der Moslems und die Dauer-Erregung unserer Autonomen abtun dürfen. Wird da nicht wieder genau die Stimmung erzeugt, die zur Reichspogromnacht führte? Egal, wie man die Politik Israels einschätzt, egal, zu welcher sachgerechten Einschätzung man

kommt - es muss einen doch ein eiskalter Schauer packen, wenn man sieht, was heute in Deutschland wieder möglich ist. Und es beschleicht einen die Furcht, all das könnte sich noch steigern.

Solche verbalen Exzesse, solch ungenierten eliminatorischen Hass, das darf es hier einfach nicht geben! Das und vor allem das fordert jetzt unsere historische und aktuelle Verantwortung. Da geht es nicht darum, wie viel Solidarität geboten und wie viel Kritik erlaubt ist, da geht es mit absoluter Priorität darum, eine solche Beschwörung der Geister der Vergangenheit nicht zuzulassen. Wir haben das toleriert, manche mit dem Gefühl

„Lassen wir sie einfach mal austoben“, andere mit der Meinung „So unrecht haben die ja an sich nicht“.

Wer als Deutscher jetzt nicht innehält, wem nicht klar wird, an welche Tendenzen er anknüpft, wer also nicht bereit ist, aus der Geschichte zu lernen, wer Fanatiker in ihrem Hass bestärkt, der muss wissen, welche Schuld er auf sich lädt.

Theodor Heuss hat einmal jenseits der Diskussion über unsere Kollektivschuld die Notwendigkeit der *Kollektiv-Scham* betont. Eine solche Scham müssten alle angesichts dessen, was sie im Januar unterstützt oder auch nur zugelassen haben, empfinden.

Universalität und Unteilbarkeit sind das Fundament der Menschenrechte

Von Volker Beck MdB

Auch 60 Jahre nach der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen sind wir noch immer weit von der weltweiten Akzeptanz ihrer universellen Gültigkeit entfernt. Es sind gerade die Universalität und die Unteilbarkeit der Menschenrechte, die immer wieder zu Diskussionen insbesondere mit Unrechtsregimen führen. Dies sind aber die beiden wichtigsten Merkmale der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, das Fundament, auf dem die in der Erklärung postulierten Rechte stehen. Sobald man die Universalität und die Unteilbarkeit in Frage stellt oder bürgerliche und politische

Rechte gegen die Verbesserung der sozialen Lage ausspielt, hat man Pandoras Box geöffnet. Was sind die Menschenrechte wert, wenn sie

nicht für alle und nicht überall gelten oder wenn an der Verbesserung der sozialen Lage ethnische, religiöse oder sexuelle Minderheiten oder politische Dissidenten nicht in gleicher Weise partizipieren? Nichts, sie verlieren damit ihren Anspruch, dass man sie nicht erwirbt, sondern als Mensch unveräußerlich besitzt. Und wenn diese Relativität auch in den westlichen Demokratien um sich greift, dann verliert man an Glaubwürdigkeit gegenüber Unrechtsregimen die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern. So wurde das Gefangenlager in Guantánamo Bay die Achillesferse der Menschenrechtspolitik nicht nur der USA und ihrer Verbündeten, sondern des „Westens“ insgesamt. Besonders schädlich dabei



Der Autor

Volker Beck ist seit 2002 1. Parl. Geschäftsführer der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag und Mitglied des Ältestenrates.

war, dass die USA räumlich festgelegt hatten, wo die Menschenrechte gelten (im Territorium der USA), und wo nicht (außerhalb ihres Territoriums, in Guantánamo). Und sie hatten inhaltlich verkündet, wer Menschenrechtsschutz genießt und wer nicht, und hatten für die letztere Kategorie eigenmächtig Kriterien entworfen, die jenseits des geltenden Völkerrechts standen.

Ein Argument, was in dieser Diskussion gerade auch im Dialog mit Staaten wie China oder den islamischen Staaten immer wieder zum Tragen kommt, ist der Vorwurf, die Menschenrechte seien eine westliche Idee und nicht mit der jeweiligen anderen, z. B. chinesischen oder islamischen Kultur vereinbar.

Zweifellos. Die Idee der Menschenrechte ist eng verbunden mit dem Humanismus und der im Zeitalter der Aufklärung entwickelten Idee des Naturrechts. Und doch ist dieser Vorwurf falsch, denn es sind ja unmittlere, grundlegende und damit kulturell unabhängige menschliche Bedürfnisse wie z. B. das Recht auf körperliche Unversehrtheit, auf Leben, auf Freiheit, auf Familie, auf Nahrung, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und den in ihrer Folge formulierten Menschenrechtspakten ihren Ausdruck finden. So wie das Gesetz der Schwerkraft zwar im Westen entdeckt worden ist, so gilt es doch auch in China, Russland oder Usbekistan. Ausgangspunkt des Vorwurfes ist also eher, dass die Universalität und die Unteilbarkeit der Menschenrechte nicht ohne Weiteres mit dem politischen System in diesen Ländern vereinbar ist. Ein Zustand, der veränderbar ist und verändert werden muss.

Doch nicht nur in China ist es nicht weit her mit der Unteilbarkeit der Menschenrechte. Da wird in Moskau eine Demonstration von Homosexuellen unter einer seltsamen Auslegung der auch in Russland geltenden Versammlungsfreiheit und des Demonstrationsrechts verboten, da die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung gegen Homosexualität sei. Da spricht der Vatikan von der Notwendigkeit der Einhaltung der Menschenrechte, meint damit aber auch nur die, die

mit der katholischen Lehre im Einklang stehen (also z. B. kein Recht auf Familie für Homosexuelle). Die Mitgliedstaaten der Islamischen Konferenz beschließen eine eigene „Kairoer Erklärung der Menschenrechte“, die die Scharia als alleinige Grundlage für Menschenrechte definiert. Und ganz aktuell möchte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auch keine nachweislich unschuldigen Gefangenen aus Guantánamo aufnehmen, da diese „keinen Deutschlandbezug“ hätten (und riskiert damit, dass das Lager Guantánamo mit seinen Menschenrechtsverletzungen noch eine ganze Weile existiert), gleichzeitig setzt man sich vehement für die Aufnahme irakischer Christen ein. Hier ist der Deutschlandbezug richtigerweise auf einmal unwichtig. Dass die Aufnahme von Flüchtlingen immer allein an der Schwere der Verfolgung und der Notlage ausgerichtet sein sollte und nicht an der Religionszugehörigkeit oder dem Bezug zu Deutschland, wird hier ignoriert. Was wäre eigentlich gewesen, wenn auch Syrien nur die muslimischen Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen hätte?

Es ist das wichtige Menschenrecht der Religions- und Glaubensfreiheit, das regelmäßig auf eigenständige Weise interpretiert wird. Religions- und Glaubensfreiheit bedeutet, die eigene Religion ausüben zu können, sich gemeinsam mit anderen zu ihr bekennen zu können, bei anderen für die eigene religiöse Überzeugung werben zu können, die angestammte Religion verlassen zu können oder nicht zu glauben, was andere für eine religiöse Wahrheit halten. Die Religions- und Glaubensfreiheit wird nicht dadurch verletzt, dass man Glaubensinhalte und Aussagen von Vertretern dieser Glaubensrichtungen kritisiert. Im Gegenteil ist eine solche Kritik ebenso von der Meinungsfreiheit gedeckt wie die Aussagen der Glaubensvertreter selbst (solange diese keine anderen Gesetze berühren, wie z. B. den Tatbestand der Volksverhetzung). Religions- und Glaubensfreiheit bedeutet ja auch explizit das Recht nicht zu glauben, was andere für religiöse Wahrheit halten. Das Recht

auf Religions- und Glaubensfreiheit unterliegt dort Schranken, wo es mit anderen Menschenrechten und Grundfreiheiten kollidiert. Menschenrechtsverletzungen unter dem Deckmantel der Religion können nicht toleriert werden. Wenn jetzt bevorzugt christliche Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen werden sollen, dann ist dies auch eine Verletzung der Religions- und Glaubensfreiheit. Anstatt das Kriterium der Schutzbedürftigkeit anzusetzen, wie in solchen Fällen üblich, soll die Religionszugehörigkeit ausschlaggebend sein, und damit werden Anhänger anderer Religionen diskriminiert. Unzweifelhaft würde auch das Kriterium der Schutzbedürftigkeit auf eine Vielzahl von Christen zutreffen, die unter schweren Menschenrechtsverletzungen im Irak leiden. So wird aber ohne Not ein fatales Signal ausgesendet: Wir kümmern uns nur um „unsere“ Leute. Die Universalität und die Unteilbarkeit der Menschenrechte verbieten aber eine solche Sichtweise. In Artikel 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heisst es: Jeder hat Anspruch auf alle in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten, ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Anschauung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.

In vielen Ländern, auch in der Bundesrepublik, klaffen also noch - größere oder kleinere - Lücken zwischen dem Anspruch der Unteilbarkeit und Universalität der Menschenrechte und seiner Umsetzung. Ist dies der Fall, so sollten die betroffenen Länder alles daran setzen, die Menschenrechtslage ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Hier gibt es gerade in Russland und in China gravierende Defizite. Da dies jedoch ein politisches und eben kein kulturelles Problem ist, lohnt es sich, sich für die Menschenrechte politisch zu engagieren. Glaubwürdigkeit durch Konsistenz im eigenen Handeln ist die Voraussetzung, um auf Dauer politischen Druck auf Länder mit erheblichen Menschenrechtsdefiziten aufzubauen.

Erschossen in Moskau

Mit 21 Jahren Stalins Opfer: Herbert Belter 1929-1951

Von Gerald Wiemers

Unmittelbar nach der Verhaftung des Leipziger Studentenratsvorsitzenden Wolfgang Natonek und zahlreicher anderer Studenten am 11. November 1948 wurde die liberale Hochschulgruppe an der Universität Leipzig verboten. Der Studentenrat, kommunistisch unterwandert, spielte bald keine Rolle mehr. Die FDJ wird flächendeckend eingeführt und zunehmend monopolartig, zentralistisch geleitet, zum „Sprecher“ der Studentenschaft erhoben. Die offene Auseinandersetzung zwischen christlichen und liberalen Anschauungen einerseits und der kommunistischen andererseits ist nicht mehr möglich.

In dieser Zeit versucht Herbert Belter, der an der Vorstudienanstalt in Rostock im Juli 1949 sein Abitur bestanden hat, Volkswirtschaft und Gesellschaftswissenschaften an der neu gegründeten GeWifa (Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät) der Universität Leipzig zu studieren. Die materiellen Bedingungen sind nach wie vor hart.

Der ideologische Druck an der Universität wächst im gleichen Maße, wie hervorragende akademische Lehrer die DDR verlassen: die Juristen Arthur Nikisch oder Hans-Otto de Boor, die sich im Nationalsozialismus verweigert haben und nun erneut auf der „falschen Seite“ stehen. Viele, zu viele werden in den Westen vertrie-

ben: so die Philosophen Hans-Georg Gadamer und Theodor Litt oder die Historiker Johannes Kühn und Otto Vossler. Die Lücken konnten nicht mehr geschlossen werden.



Herbert Belter

Foto aus: Universitätsarchiv Leipzig

Die Nachwehen der Verhaftungswelle von 1948 wird der junge Belter noch erlebt haben. Den stalinistischen Druck auf alle Bereiche des Lebens nimmt er wahr, und anfangs versucht er sich der sogenannten gesellschaftlichen Arbeit zu entziehen. Mit dem Verlangen nach Informati-

onen über die Bedingungen in den Westzonen, über die tatsächlichen Verhältnisse in der SBZ bzw. DDR entsteht auch bald das Verlangen, eigene Berichte über die Ereignisse an der Universität Leipzig zu schreiben und die Kommilitonen aufzuklären. Die Verbindungen zum RIAS und später zum Ostbüro der SPD werden durch Werner Gumpel und Siegfried Jenkner intensiviert. Broschüren über das wahre Gesicht der kommunistischen Diktatur werden eingeführt und verbreitet. Das Interesse daran ist groß. In kurzer Zeit hat Belter einen Kreis von Gleichgesinnten um sich geschart, die über Zeitereignisse diskutieren. Zu seinen Freunden zählen Helmut du Ménil, Werner Gumpel und Siegfried Jenkner.

Gemeinsam mit du Ménil entscheidet sich Belter, offensiv gegen die kommunistische Propaganda vorzugehen. Anlass sind die ersten Volkskammerwahlen vom Oktober 1950, die - entgegen der Verfassung der DDR - als „Blockwahlen“ mit einer Einheitsliste durchgeführt werden.

Gemeinsam verteilen sie Flugblätter in der Innenstadt von Leipzig. Auf dem Rückweg geraten sie in eine Routinekontrolle der Polizei. Während du Ménil, der in Leipzig gemeldet ist, frei kommt und nach (West-)Berlin flüchtet, wird Belter verdächtigt und auf die Wache mit-

genommen. Am nächsten Morgen wird seine Wohnung durchsucht. Dort findet man weitere Flugblätter und Schriften, die für seine sofortige Verhaftung - auch seiner Kommilitonen - ausreichen.

Von der deutschen Polizei werden neun Studenten und ein Handwerker verhaftet, verhört und schließlich an den russischen Geheimdienst ausgeliefert, übrigens gegen den Artikel 10, Absatz 1 der geltenden Verfassung der DDR, worin es heißt, „Kein Bürger darf einer auswärtigen Macht ausgeliefert werden.“ Unter dem stalinistischen Terror war dem sowjetischen Geheimdienst die „Beute“ willkommen, ja es gab sogar Planlisten für zu verhaftende „Reaktionäre“ in den Zeiten des „sich verschärfenden Klassenkampfes“. Nach ihrer Festnahme und zahllosen Verhören macht ein sowjetisches Militärgericht den jungen Männern einen kurzen Prozess. Am 21. Januar 1951, nach nur zwei Verhandlungstagen, werden in der Bautzner Straße in Dresden, dem NKWD-Sitz, gnadenlose Urteile gefällt. Herbert Belter wird als Rädelführer zum Tode verurteilt, die anderen erhalten zwischen 50, 25 und 10 Jahren Zwangsarbeit zudiktiert. „Keiner von uns“, schreibt Peter Eberle, Student der Zahnmedizin und selbst zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, „konnte und wollte die Schwere des Urteils überhaupt geistig erfassen. Alle waren wir überzeugt: Unsere Haftstrafen werden wir niemals absitzen. Vor allem aber, Herbert Belter wird begnadigt. Wie bitter haben wir uns getäuscht...“

Die übrigen Studenten kamen in das berüchtigte Straflager Workuta und der Handwerker Ehrhardt Becker aus Bad Lausick nach Taischet in Sibirien. Erst 1953 bzw. 1955 kamen sie frei, nachdem Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau nach zähen Verhandlungen die Rückführung aller deutschen Kriegsgefangenen, dazu wurden von den Sowjets auch die nach dem Kriege verhafteten deutschen Studenten gerechnet, gegen den Austausch von diplomatischen Beziehungen erreicht hatte. Allein bei den von Oktober 1955 bis

Januar 1956 vorgenommenen Entlassungen schoben die Sowjets die politischen Gefangenen stillschweigend unter. Von den knapp 10.000 Kriegsgefangenen (genau 9.536) waren fast ein Drittel (exakt 3006) politische Gefangene.

Aus den für ihre Zwecke geschönten Protokollen der russischen Vernehmer gehen dennoch die Motive des Handelns der Verurteilten klar hervor. „Ich habe mich illegal betätigt, weil ich unzufrieden mit der Situation an der Leipziger Universität war“, sagt Belter vor dem russischen Tribunal, „wir hatten keine Gewissensfreiheit und keine Pressefreiheit.“

Kurze Zeit später wird Herbert Belter zunächst gemeinsam mit den anderen, aber getrennt von ihnen in einer Sonderzelle des Transportautos, nach Berlin-Lichtenberg gebracht. Dort ist er in der Nachbarzelle von Werner Gumpel, Herbert Jenkner und Karl Miertschischk eingesperrt. „Wir kommunizierten“, schreibt Werner Gumpel „mittels Klopfzeichen (Morse-Alphabet, das sich gut zum Klopfen eignet). Eines Tages gab er durch, dass ihm der Kopf geschoren worden sei. Wir glaubten, dass dies direkt vor der Exekution erfolgte, wenige Tage später geschah dies aber auch bei uns. Eines Tages wurde er aus der Zelle geholt. Damit erlosch jede Möglichkeit einer Kommunikation. Jetzt wissen wir, dass er zur Exekution nach Moskau gebracht wurde. Es war dies am 9. März 1951. Ich hatte mir das Datum fest eingepägt und habe es kurz nach der Rückkehr (ebenso wie andere Details) in einem Brief an den Suchdienst des Evangelischen Hilfswerks für Kriegsgefangene und Internierte festgehalten.“

Am 28. April 1951 wird Herbert Belter in der Butyrka, einem berüchtigten Moskauer Gefängnis, heimlich erschossen. Sein Gnadengesuch war zuvor von der sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft abgelehnt worden. Niemand erfährt etwas von seinem Schicksal. Seine Eltern sterben darüber hinweg. Erst als sich die russischen Archive 1990 für einige Zeit öffnen und auf Antrag eine Re-

habilitierung erfolgt, wird sein früher, unnatürlicher Tod bekannt.

Belters letzte Ruhestätte befindet sich auf dem Friedhof für Schwerverbrecher in Moskau-Donskoj, in einem Massengrab zusammen mit der Asche der Hingerichteten aus dem Jahre 1951. Dort ist am 1. Juli 2005 ein Gedenkstein am Massengrab III zur Erinnerung an ca. 900 ermordete Deutsche feierlich eingeweiht worden. Die Feier war möglich geworden durch die internationale Menschenrechtsorganisation Memorial, insbesondere durch ihre russische Sektion. Im Namen der noch Lebenden der Belter-Gruppe hat Peter Eberle am Grab von Herbert Belter ein Blumengebinde niedergelegt.

Die Universität Leipzig widmete seinem Andenken 1996 eine Ausstellung, 2000 wurde nach Herbert Belter in Leipzig eine Straße benannt - zum ersten Mal wird in dieser Form ein Mann des studentischen Widerstandes gegen das SED-Unrechtsregime gewürdigt - und 2001 fand im Universitätsarchiv eine Gedenkveranstaltung zu seinem 50. Todestag statt. Am 19. Mai dieses Jahres wird an der Universität Leipzig, die ihr 600-jähriges Bestehen feiert, eine jährliche Vortragsreihe unter dem Titel „Belter-Dialoge. Impulse zu Zivilcourage und Widerstand“ begründet. Herbert Belter wurde vor fast 80 Jahren am 21. Dezember 1929 in Greifswald geboren. Ihn nicht zu vergessen, an sein kurzes, intensives Leben zu erinnern, bleibt ein Vermächtnis für alle künftigen Studierenden an der Universität Leipzig.

Der Autor

Der Historiker und Archiwissenschaftler Professor Dr. Gerald Wiemers ist in der Fachwelt, aber auch den Lesern von FREIHEIT UND RECHT wohl bekannt. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur; studentischer Widerstand sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig.

Annemarie Renger

Dokumente aus dem Nachlass werden in der Friederich-Ebert-Stiftung in Bonn präsentiert

In der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn-Bad Godesberg ist eine Präsentation von Exponaten über die langjährige Vorsitzende des ZDWV (Zentralverband Demokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen) Annemarie Renger zu sehen. Entwickelt haben diese Ausstellung der Kölner Journalist, Dokumentarfilmer und Historiker Werner Müller und die Archivmitarbeiterin Petra Giertz von der Ebert-Stiftung. Die Redaktion sprach mit Werner Müller.

FREIHEIT UND RECHT:

Wie kam es zu dieser Präsentation?

Werner Müller: Petra Giertz ist bei der Ebert-Stiftung schon seit Jahren mit dem Archivgut zu Annemarie Renger beschäftigt. Sie widmet sich dieser Aufgabe mit großem Engagement und Respekt – ja eher sogar schon mit einer bewundernswerten Leidenschaft. Ich kannte Annemarie Renger über viele Jahre persönlich, habe auf dem Sektor Widerstand und Verfolgung an einigen Projekten mit ihr zusammengearbeitet und für ein filmisches Portrait zahlreiche Interviews mit ihr gemacht. Am Ende verband uns eine Freundschaft. Mitte letzten Jahres nahm ich mir drei Monate Zeit, um mich gemeinsam mit Petra Giertz und mit Unterstützung der Familie Renger mit dem Nachlass zu beschäftigen. Daraus ist unter Anderem diese Ausstellung entstanden. Zum einen als Beispiel dafür, was ein solcher Nachlass beinhalten kann. Zugleich wollten wir damit aber auch ein sehr persönliches Portrait einer großen politischen Persönlichkeit zeichnen.

F+R: Was hat sich denn speziell in diesem Nachlass gefunden?

WM: Annemarie Renger hat eine große Menge an Dokumenten hin-

terlassen. Man muss zunächst mal bedenken, was für einen langen Zeitraum sie als politisch beobachtende und politisch aktive Person erlebt hat. Sie war als Kind einer ursozialdemokratischen Familie schon in ganz jungen Jahren politisch sehr wach. Ihr Vater, der Arbeitersportfunktionär Fritz Wildung, hat sie schon in den zwanziger Jahren zu allen möglichen politischen Veranstaltungen mitgeschleppt. Sie hock-



Interviewpartner Werner Müller.

te unter seinem Schreibtisch, wenn Carl Severing oder Paul Löbe bei den Wildungs zu Besuch waren. Sie hat die Verfolgung des Vaters durch die Nazis miterlebt, musste selbst die Schule vorzeitig verlassen.

Ihren ersten Mann hat sie im Krieg verloren. Ab 1945, erst 25 Jahre alt, ging sie zielstrebig zu Kurt Schumacher und half ihm beim Wiederaufbau der SPD – erst als Sekretärin, später als engste Vertraute. Von 1953 bis 1990 war sie ununterbrochen Mitglied des Deutschen Bundestages in den verschiedensten Funktionen. 1972 als erste Frau Bundestagspräsidentin, Chefin des Parlaments. Der zweithöchste Rang in unserer Republik. Und natürlich war sie auch nach 1990 – letztlich bis zu ihrem Tod – weiter politisch aktiv. Unter anderem als Vorsitzende des ZDWV. Da

hat sich Vieles angesammelt: Fotos, Dokumente, Manuskripte, Briefe – Persönliches und Offizielles. Für den Archivar ist beinahe alles interessant, auch gesammelte Zeitungsausschnitte oder markierte Bücher. Die Präsentation enthält auch Dreidimensionales, wie zum Beispiel Ballschuhe der immer top-gekleideten Politikerin, bei der das stets hochklassige Outfit zu den Markenzeichen gehörte.

F+R: Wie haben Sie Annemarie Renger persönlich erlebt?

WM: Zunächst hat sie mich als Persönlichkeit sehr beeindruckt. Sie musste sich keinen Respekt verschaffen. Man hatte ihn einfach vor ihr. Dabei war sie außerordentlich menschlich und warmherzig. Und mit einem grandios trockenen Witz ausgestattet. Und sie war durch und durch, sozusagen in der Wolle gefärbte Sozialdemokratin. Die klassischen sozialdemokratischen Werte Freiheit und soziale Gerechtigkeit waren für sie maßgeblich. Sie konnte es nicht leiden, in die Schublade „Konservative in der SPD“ gesteckt zu werden. Konservativ und sozialdemokratisch, das passt nicht zusammen, sagte sie einmal.

F+R: Anlass Weltfrauentag. War Annemarie Renger eine Feministin?

WM: Sie hat viel dafür getan, dass Frauen merkten, wir können das auch, was vorher vor allem Männer in der Politik gemacht haben. „Wir haben die weltweit gültige, aber nicht überall durchgesetzte Erklärung der Menschenrechte. Diese gelten für alle Menschen, gleich welcher Religion, welcher Hautfarbe oder welchen Geschlechts. Da brauche ich keine neue Ideologie“, sagt sie einmal. Sie war, wie sie war. Klar, selbstbewusst und resolut. Und überhaupt nicht bange, sich auch

mal selbst für eine wichtige Aufgabe vorzuschlagen.

F+R: Wie kam es zu Annemarie Rengers Beziehung zu Widerstand und Verfolgung?

WM: Zunächst einmal hat sie ja die Nazis selbst erlebt. Für sie und ihre Familie mit ihren sozialdemokratischen Idealen ein Altraum. Und nach dessen Ende gehörte es zu ihren wichtigsten Zielen, so etwas künftig nie wieder geschehen zu lassen, gleichzeitig die Gräueltaten der Diktatur nie dem Vergessen preiszugeben. Sie hat sich immer in der Verantwortung gesehen, die grauenhaften Verbrechen vor allem an den Juden im Bewusstsein zu halten. Das hat auch zu ihrer ganz besonderen Verbindung zu den Juden in Deutschland und zu Israel beigetragen. Sie hat in Sachen deutsch-israelischer und christlich-jüdischer Verständigung sehr Vieles bewegt.

Man darf aber auch die enge Beziehung zu Kurt Schumacher nicht außer Acht lassen. Kurt Schumacher war von den Nazis verfolgter Sozialdemokrat. Für seine Unbeugsam-

keit und seinen Mut hatte er zehn Jahre im KZ verbracht, das er als körperliches Wrack verlassen musste. Und Kurt Schumacher hat Vieles versucht, eine zweite Diktatur im Osten Deutschlands zu verhindern. Kurt Schumacher ist jedenfalls immer ein eminent wichtiger Teil von Annemarie Rengers Leben geblieben. Bei ihrer letzten Rede vor dem Bundestag im August 2006 war ich dabei. Ich hatte nachher den Eindruck, dass sie gespürt hat, dass es ihr letzter Auftritt vor dem Hohen Haus war. Jedenfalls war es ihr zu diesem Anlass so wichtig, das Parlament in bewegender Weise an Kurt Schumacher zu erinnern, dass der damals eigentlich zu würdigende Eugen Gerstenmaier fast zu kurz kam. Annemarie Renger hatte die Sorge, dass Kurt Schumacher, dieser unbeugsam moralische Verfechter demokratischer, freiheitlicher und sozialer Werte, in Vergessenheit geraten könnte. Das wollte sie nicht zulassen. Der Nachlass von Annemarie Renger ist ja übrigens zumindest in Teilen auch der Nachlass von Kurt Schumacher. Annemarie Renger war seine Erbin.

F+R: Sie sprachen von einer filmischen Dokumentation. Wann wird sie zu sehen sein?

WM: Es gibt noch keinen Sendepunkt. Aber vorab werden Teile der Interviews schon im Rahmen der Ausstellung zu sehen sein.

F+R: Und wie geht es mit der Ausstellung weiter?

WM: Zunächst bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Dann wird die Präsentation am 23. Mai noch mal zur „Langen Nacht der Demokratie“ am gleichen Ort zu sehen sein. Und im Herbst soll es anlässlich des 90. Geburtstages von Annemarie Renger eine etwas erweiterte Ausstellung in Berlin geben. Wir können also darauf hoffen, dass Annemarie Renger nicht so schnell in Vergessenheit gerät.

Ort der Ausstellung im März:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Kontakt: petra.giertz@fes.de
wis.mueller@netcologne.de



Bundestagspräsidentin Annemarie Renger vereidigt den neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt 1974

Foto: Aus dem Nachlass Annemarie Renger mit Genehmigung des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung



Eröffnung der Kurt-Schumacher-Ausstellung

Foto: Aus dem Nachlass A. R. mit Genehmigung des AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung



Zeitzeugen gesucht



Parlamentspräsidentin und Regierungschef
Mitte der 1970er Jahre

Foto: Aus dem Nachlass A. R. mit Genehmigung des AdsD der Friedrich-Ebert-Stiftung



Annemarie Renger bei einem
ihrer ersten öffentlichen Auftritte
1953

Foto: Aus dem Nachlass A. R. mit
Genehmigung des AdsD der Fried-
rich-Ebert-Stiftung



Blick auf einen Ausschnitt der Nachlass-Präsentation Anne-
marie Renger

Foto: Werner Müller, Köln

Zeitzeugen gesucht

Thema: Das Schicksal der Häftlinge im NS-Lager Langenzenn

Laut einem Bericht der Nürnberger Nachrichten vom 24.02.2009 sucht der Cadolzheimer Landwirt und Autor Fritz Stiegler (47) nach Zeitzeugen, die ihm Auskunft über die Geschehnisse im ehemaligen Arbeitserziehungslager Langenzenn während der NS-Zeit geben können.

Das »Ausländergefängnis« oder »Außengefängnis des Polizeigefängnisses des Nürnberger Polizeipräsidiums« war berüchtigt, die Zustände mit denen in den KZ vergleichbar. Das Lager ist 1943 errichtet worden, bei Kriegsende im Mai 1945 waren noch nicht alle Baracken fertig. Einige ehemalige Zwangsarbeiter haben sich danach im fränkischen Raum niedergelassen. Nun hofft Fritz Stiegler auf die Bereitschaft dieser Überlebenden, ihm Auskunft zu geben.

Zeitzeugen, deren Nachkommen oder Leserinnen und Leser, die entsprechende Verbindungen herstellen könnten, werden gebeten, sich entweder mit der Redaktion, Telefon: 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de oder direkt mit dem Autor, **Fritz Stiegler, Gonnardsdorf 7, 90556 Cadolzburg, Telefon 09103/8908** in Verbindung zu setzen.

Neuerscheinungen

Enzo Traverso:

Im Bann der Gewalt

Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945

Aus dem Französischen von Michael Bayer,

München 2008 (Siedler-Verlag), 400 S., 24,95 €

Zeitalter der Totalitarismen und Weltkriege

Wie sollte man die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts als Zeitalter der Totalitarismen und Weltkriege interpretieren? Über diese Frage diskutiert und streitet man in Öffentlichkeit und Wissenschaft seit Jahren mal mehr emotional, mal mehr ideologisch oder mal mehr sachlich ausgerichtet. Nun legt der italienische Politikwissenschaftler Enzo Traverso, der an der Universität Amiens in Frankreich lehrt, seine besondere Deutung vor. In dem Buch „Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914-1945“ untersucht er die Spirale von Brutalität und Gewalt. Damit will der Autor „den Sinn einer Epoche der Kriege und Revolutionen ... erfassen, in der die Symbiose zwischen Kultur, Politik und Gewalt die Mentalitäten, Ideen, Darstellungsweisen und Handlungen ihrer Akteure zutiefst prägte“ (S. 9). Im Zentrum seiner Betrachtungen stehen dabei aber nicht nur die besonderen Entwicklungen in Bürgerkriegen, Kriegen oder Revolutionen. Vielmehr richtet Traverso auch den Focus auf die entsprechenden Tendenzen in Film, Kunst oder Literatur.

So gliedert sich „Im Bann der Gewalt“ auch in zwei große Teile: Zunächst geht es um die „Schritte zur Tat“, also die konkreten Eskalationen der Gewalt. Dabei deutet Traverso die Bürgerkriege und Weltkriege als Entgrenzung der Handlungen, was sich etwa in einem brutalen Vernichtungswillen verdeutlicht. „Die Besonderheit des europäischen Bürgerkriegs des 20. Jahrhunderts“, so der Autor, „lag darin, dass es sich bei ihm um einen Mahlstrom aus totalen Kriegen, Revolutionen, Bürgerkriegen und Völkermorden handelte“ (S. 108). Die Ablehnung der traditionellen Kriegsregeln durch die NS-Führung habe so auch zur veränderten Kriegsführung der anderen Akteure etwa bei der Bombardierung deutscher Städte geführt (vgl. S. 126). Der zweite Teil „Kriegskulturen“ widmet sich dann dem Niederschlag dieser Entwicklungen in Kunst und Realität. Dabei betont Traverso auch: „Der totale Krieg stellte die traditionelle Unterscheidung zwischen der Front, wo sich die Kämpfe abspielten, und der Zivilgesellschaft im Hinterland in Frage“ (S. 240).

Mit der Fixierung auf das hiermit verbundene besondere Gewaltverständnis in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wird auf einen wichtigen Gesichtspunkt zur Erklärung der Eskalation von Konflikten verwiesen. Darin

liegt zweifellos das Verdienst der Arbeit, die sich dem Thema mehr analytisch denn beschreibend nähern will. Hierbei hätte der Autor aber mehr Mühe auf die Strukturierung und Systematisierung des Stoffes verwenden sollen, wirken die einzelnen Kapitel doch mitunter wie eine Aneinanderreihung von Fragmenten zum Thema. Ärgerlich sind darüber hinaus immer wieder vorkommende kleinere Fehler: So war Albert Camus sehr wohl zeitweilig Kommunist (vgl. S. 291) und Max Webers Charisma-Verständnis leitet sich nicht aus seinen Analysen zum Bonapartismus ab. Inhaltlich mehr als nur kritikwürdig ist darüber hinaus die Aussage, wonach „man auch in Westeuropa den Faschismus nicht ohne die Unterstützung der Kommunisten und der Sowjetunion bekämpfen konnte“ (S. 297), zumal Traverso selbst dafür gegenteilige Beispiele benennt (vgl. S. 298f.).

Armin Pfahl-Traugher

Ehrhart Neubert:

Unsere Revolution

Die Geschichte der Jahre 1989/90

München 2008, Piper Verlag, 520 Seiten, 24,90 € €

Chronologie einer Selbstbefreiung

Der Zeithistoriker Ehrhart Neubert – bekannt und geschätzt durch zahlreiche Publikationen und Vorträge – hat erneut ein gewichtiges (520 Seiten!), wichtiges und beeindruckendes Buch geschrieben.

Als Zeitzeuge und maßgeblicher Akteur der Opposition in der DDR (Demokratischer Aufbruch) und später am Runden Tisch berichtet er chronologisch über die aufregenden Monate und Tage vom Erstarken der Opposition 1989 bis zur wiedererlangten Einheit am 3. Oktober 1990. Für die Zeit vom 2. Oktober bis 8. November 1989 führt er einen täglichen „Revolutionskalender“ (S. 111 ff.); man könnte es auch „Revolutionsstagebuch“ nennen.

Neubert bringt dabei nicht nur (auch intime) Kenntnisse und Erfahrungen als aktiver Zeitzeuge ein, er hat auch bewundernswert akribisch in diversen Archiven recherchiert und Interviews geführt – 31 Seiten Literaturverzeichnis und 921 Anmerkungen (Quellennachweise) dokumentieren dies. Auch der kundige Leser wird nicht nur an vieles Bekannte erinnert, er erfährt zudem bislang wenig bekannte Details und Zusammenhänge über die Oppositionsbewegung und deren Vertreter, über die Geschichte des Entstehens verschiedener Gruppen unter schwierigsten Bedingungen (wobei die massiven Repressionen und Einwirkungsversuche des MfS nur einen

wenngleich wichtigen Teil ausmachen), zu teilweise heftigen internen Auseinandersetzungen über Strukturen sowie inhaltliche politische Konzepte der einzelnen Gruppen und zwischen diesen.

Einig war man in der radikalen Ablehnung der SED-Diktatur („Führende Rolle der Partei“) mit dem Ziel einer Demokratisierung der Gesellschaft. Erhebliche Meinungsunterschiede gab es jedoch darüber, ob eine reformierte, eigenständige „Sozialistische DDR“ oder die schnelle „Deutsche Einheit“ angestrebt werden sollte. „Insgesamt befand sich die Opposition in der deutschen Frage in einem fast unlösbaren Konflikt zwischen ihrer Rolle als systemimmanente Opposition und der Formulierung solcher Ziele, die das System sprengen würden.“ (S.51)

„Die Opposition war in den 1980er-Jahren in über 200 Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, die zumeist eine kirchliche Anbindung hatten, organisiert. Innerhalb dieses Spektrums gab es jedoch auch einige von den Kirchen unabhängige Gruppen. Die innere Kommunikation zwischen den Gruppen wurde über verschiedene Netzwerke, einen sich stetig ausweitenden illegalen oder halblegalen Samisdat und über kirchliche Kommunikationsstrukturen aufrechterhalten.“ (S.44)

Im Sommer 1989 war den Oppositionellen bewusst, dass es zu politischen Veränderungen kommen würde, ihre Aktivitäten nahmen erheblich zu. Sie hatten allerdings kaum eine Vorstellung, wie diese ablaufen könnten.

Die offenen Repressionen und Behinderungen durch das MfS ließen ab Mitte Oktober nach. Damit war aber die Situation der Opposition noch nicht verbessert. Die SED mobilisierte ihr Drohpotenzial, wo sie es noch vermochte. Zudem waren die Arbeitsbedingungen alles andere als ideal, wie Neubert feststellt:

„Auch wenn das MfS über eine flächendeckende Ausbildung und Festigung ihrer Strukturen‘ sowie ‚eine sich vervollkommnende Organisation‘ der Opposition berichtete, konnte davon tatsächlich kaum die Rede sein. Nach wie vor war eine enorme Organisationsarbeit zu leisten, ohne dass die Kritiker des SED-Staates über nennenswerte Kommunikationsmittel oder materielle Ressourcen wie Geld, Papier oder Telefone verfügten.“ (S.191)

Von der Maueröffnung am 9. November 1989 wurden die Oppositionellen ebenso überrascht wie Politiker in Ost und West und sie waren – so Neubert – weitestgehend „irritiert“.

„Schnell vermittelte sich in der Öffentlichkeit der Eindruck einer zerfahrenen und unsicheren Opposition, die sich in Teilen Sorgen um den Erhalt der DDR machte. Andere Stimmen wurden kaum noch gehört. ... Im No-

vember kursierten im oppositionellen Lager die unterschiedlichsten Konzepte für das Überleben der DDR. ...So konnte es nicht ausbleiben, dass im November das Vertrauen der Bevölkerung in die Opposition schwand.“ (S.236)

Neubert spart auch nicht mit Kritik, wo er sie für angebracht hält. So schreibt er in dem Abschnitt „Der Westen und die Mythen der DDR“ (S.56 ff.):

„Die westliche Politik, welche die innere kritische Lage des Kommunismus verkannte und darum den kommunistischen Ländern eine Stabilisierungsleistung nach der anderen zuteil werden ließ, wurde später als ‚wilde Ehe mit den Diktaturen‘ bezeichnet. ...Seit den 1970er-Jahren wurde in der Publizistik, der Wissenschaft und der Politik die DDR immer schöner geredet und geschrieben. Vor allem gab es einen regelrechten politischen Boykott der bundesdeutschen Parteien gegenüber der DDR-Opposition.“

Der Buchtitel „Unsere Revolution“ wird von Neubert wie folgt begründet:

Er verweist auf die „Welle von Revolutionen“ in den ost-mitteleuropäischen Ländern. „Eine dieser Revolutionen ist auch die deutsche – ‚unsere Revolution‘. Für die Deutschen ist sie schon deshalb etwas Einzigartiges, da es die erste Revolution war, die erfolgreich die Ideen von Freiheit und Nation miteinander verband. Unmittelbar und ohne Umwege ging aus ihr die Bundesrepublik als geeinter Nationalstaat hervor. Schon deswegen ist sie ‚unsere Revolution‘. Aber auch weil sie sich im Zusammenhandeln und -wirken von West und Ost vollzog und vollendete.“ (S.13)

An mehreren Stellen seines Buches macht Neubert nachdrücklich auf die Bedeutung der Sprache im revolutionären Prozess aufmerksam, auf die ‚Sprache der Revolution‘ und er meint, sogar eine ‚Sprachrevolte‘ feststellen zu können. Bis heute sei ein Großteil der Erinnerung an die Revolution an Sprachereignisse geknüpft, wie z.B. „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“, „Wir wollen raus“ und „Wir bleiben hier“, „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“.

„Der politische Charakter der Demonstrationen drückte sich in den Sprechchören und Spruchbändern aus. Das MfS sammelte diese Texte akribisch. Bei jeder Demonstration trugen die schockierten Spitzel zusammen, was sie hörten und lasen. Jeder Spruch hätte noch kurz zuvor eine Zuchthausstrafe eingebracht. Jetzt füllten sie lediglich die Aktenordner.“ (S.167) „Das Sprechen war der Vollzug der Revolution. ... Die Selbstbefreiung durch die Sprache war eine elementare Form der Selbstbestimmung.“ (S.167)

Dazu trugen sehr wesentlich die (wöchentlichen) Friedensgebete in den evangelischen und katholischen Kirchen bei. „Die Leidenschaft und auch die Freude am freien Sprechen und Handeln wuchsen mit der Erfahrung des Autonomiegewinns und der Erfahrung, dass aus der freien Rede auch ein gemeinsames Handeln mit der eingeschüchterten Bevölkerung entstand.“ (S.49) Und schließlich: „Die zurück gewonnene Fähigkeit des öffentlichen Sprechens ermöglichte es nun vielen, ihre Leidensgeschichte zu erzählen.“ (S.294) Achim Beyer